Stadt Calbe (Saale)
Der Bürgermeister

Calbe, den 18.03.2014

Einreicher: Bauwesen

⊗ öffentlich

Beschlussvorlage Nr.: 523-14

Beratungsfolge	am	empfohlen/ beschlossen			Rückstellung	Bemerkung
		ja	nein	enthalten		
Ausschuss für Bau und Verkehr	07.04.2014					
Stadtrat	29.04.2014					

Betreff:

Beteiligung Musterverfahren Zinsforderungen des Landes Sachsen-Anhalt wegen nicht alsbaldiger Verwendung von Städtebaufördermitteln		
18.03.14		
Datum Leiterin Bauverwaltung	Datum Bürgermeister	Datum Vorsitzender des Stadtrates

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Calbe (Saale) beteiligt sich bei einer Zinsforderung durch das Land Sachsen-Anhalt an einem Musterverfahren.

   oder

2. Die Stadt Calbe (Saale) beteiligt sich bei einer Zinsforderung durch das Land Sachsen-Anhalt nicht an einem Musterverfahren.

Erläuterung/Begründung:

Mit Datum vom 24.02.2014 wurde die Stadt Calbe (Saale) durch das Landesverwaltungsamt zu möglichen Zinszahlungen für die nicht fristgerechte Verwendung von Mitteln der Altstadtsanierung angehört. Dabei handelt es sich um Zinsforderungen in Höhe von 4.885,53 € aus dem Haushaltsjahr 2007. Diese sind anteilig auch der Evangelischen Kirchengemeinde zuzuordnen.

Durch die Stadt Calbe (Saale) wurde Widerspruch eingelegt.

Im Rahmen dieser Anhörung wurden die Zinsforderungen durch den Sanierungsträger der Stadt Calbe (Saale) geprüft. Die Höhe der Forderungen wurde als berechtigt eingeschätzt.

Allerdings gibt es Zweifel zur grundsätzlichen Zulässigkeit dieser Forderungen auf Grund einer Verjährung dieser Forderungen.

Bereits für Zinsforderungen aus den Jahren 1991 bis 2003 wurde ein Musterverfahren geführt. Zum damaligen Zeitpunkt verklagte die Stadt Bernburg das Land Sachsen-Anhalt. 145 Kommunen schlossen sich diesem Verfahren an.

Unter Federführung des Städte- und Gemeindebundes wurde zwischen allen beteiligten Kommunen vereinbart, dass bei einer Niederlage der Stadt Bernburg die Prozesskosten von allen am Musterverfahren beteiligten Kommunen anteilig entsprechend Zinsanteil übernommen worden wären.

Durch den erfolgreichen Ausgang des Verfahrens, war eine finanzielle Beteiligung der Kommunen zum damaligen Zeitpunkt nicht nötig.

Zu den nun anstehenden Zinsbescheiden wird durch den Städte- und Gemeindebund wieder ein Musterverfahren angestrebt. Durch eine Beteiligung an diesem Verfahren würden die Bescheide aller beteiligten Kommunen bis zur Urteilsverkündung ausgesetzt.

Finanzielle Auswirkungen der Vorlage	☒ Ja ☐ Nein
Pflichtaufgaben ☐	Freiwillige Aufgaben ☒
Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr	☐ Ja ☒ Nein
Ergebnisplan ☐	Finanzplan/ Investitionstätigkeit ☐
Veranschlagung im Finanzplan	☐ Ja ☒ Nein
Bemerkungen Keine Belastung im Jahr 2014	Unterschrift Kämmerei